

Statistisches Bundesamt (Hrsg.)

In Zusammenarbeit mit dem
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)
und dem Zentrum für Umfragen,
Methoden und Analysen, Mannheim (ZUMA)

Datenreport 2004

Zahlen und Fakten über die
Bundesrepublik Deutschland

Zweite, aktualisierte Auflage

Auszug aus Teil 2



Bundeszentrale für politische Bildung

14 Einstellungen und Kontakte zu Ausländern

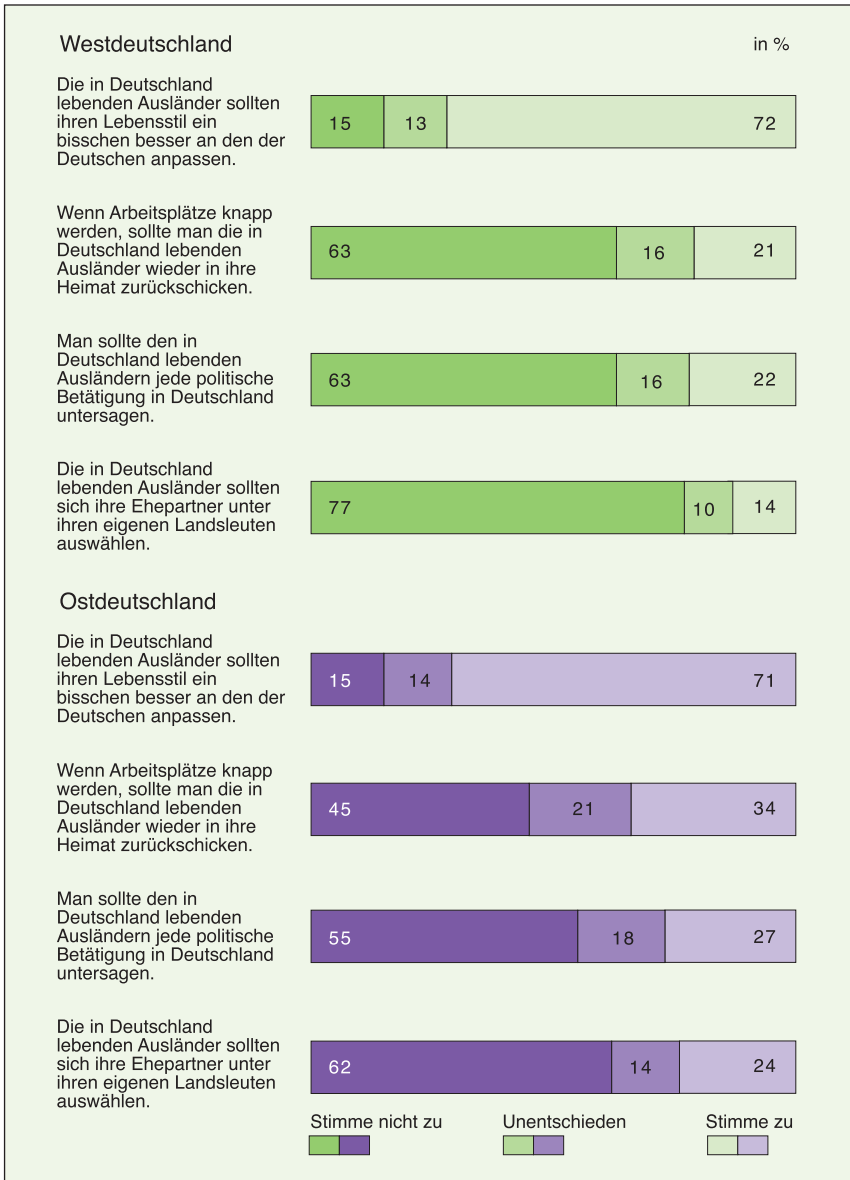
In Deutschland lebten Ende 2002 ungefähr 7,3 Millionen Ausländer. Dies entspricht einem Anteil an der Bevölkerung von 8,9 % (vgl. Abschnitt 1.8 in Teil I). Die Mehrzahl der ausländischen Staatsangehörigen lebt seit vielen Jahren in Deutschland, die durchschnittliche Aufenthaltsdauer liegt bei 16,0 Jahren. Das Zusammenleben von Deutschen und Ausländern gestaltet sich dabei nicht immer konfliktfrei. Die Frage, wie eine erfolgreiche Integration der ausländischen Bevölkerung möglich ist, welche Rahmenbedingungen dafür erforderlich sind, welche Bevölkerungsgruppe – Einheimische oder Zuwanderer – wie viel dazu beitragen sollte, ist seit vielen Jahren Gegenstand gesellschaftspolitischer Debatten (vgl. Teil II, Kapitel 13). Im Folgenden wird auf der Basis von Umfragedaten die Einstellung der Deutschen zu den in Deutschland lebenden Ausländern beschrieben und betrachtet, inwieweit Kontakte zwischen Deutschen und Ausländern in unterschiedlichen Lebensbereichen bestehen.

14.1 Einstellungen zu in Deutschland lebenden Ausländern

In der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) werden seit 1980 verschiedene Aspekte einer ausländer- bzw. integrationsfeindlichen Einstellung gemessen. Es wird gefragt, ob die in Deutschland lebenden Ausländer ihren Lebensstil ein bisschen besser an den der Deutschen anpassen sollten, ob sie wieder in ihre Heimat zurückgeschickt werden sollten, wenn Arbeitsplätze knapp werden, ob ihnen jede politische Betätigung in Deutschland untersagt werden sollte und ob sie sich ihre Ehepartner unter ihren eigenen Landsleuten auswählen sollten. Mit Abstand am meisten Zustimmung findet im Jahr 2002 die vergleichsweise gemäßigte Forderung nach »ein bisschen« mehr Lebensstilanpassung der hier lebenden Ausländer, die von fast drei Viertel der befragten erwachsenen Deutschen in West und Ost unterstützt wird (vgl. Abb. 1). Am deutlichsten abgelehnt – von 77 % der Befragten in Westdeutschland und von 62 % der Befragten in Ostdeutschland – wird die Forderung nach Endogamie, dass die Ausländer »unter sich« heiraten sollten. Gleichwohl stimmen immer noch 14 % der Befragten im Westen und sogar 24 % der befragten Ostdeutschen dieser weitreichenden Forderung zu.

Auch die beiden anderen Aussagen in Abbildung 1 werden von den Befragten mehrheitlich abgelehnt. Nur etwa jeder fünfte Befragte in West und Ost stimmt der Forderung nach einem Verbot jeglicher politischer Betätigung für Ausländer zu. Die Forderung nach Rotation, nach einem Heimschicken der Ausländer bei einer angespannten Arbeitsmarktlage, findet im Osten mit 34 % Zustimmung mehr Anklang als im Westen mit 21 % Zustimmung. Dies könnte zum einen mit der höheren Arbeitslosigkeit in den

Abb. 1: Einstellungen gegenüber den in Deutschland lebenden Ausländern

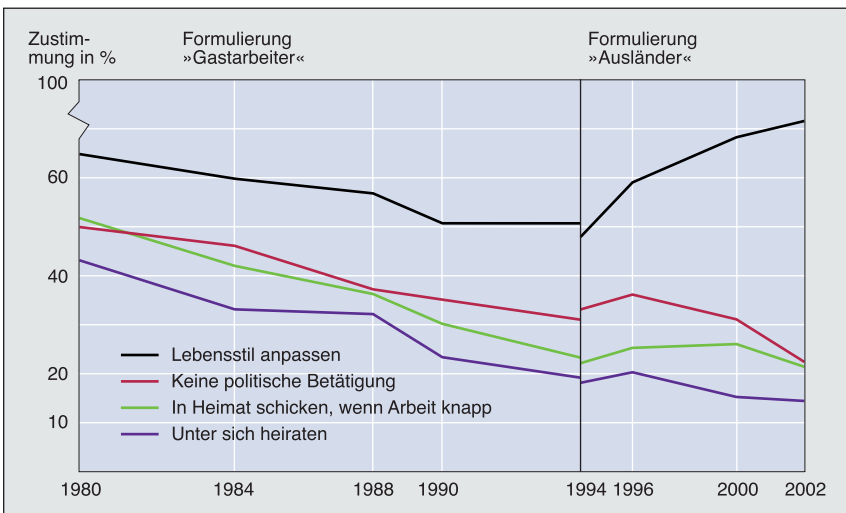


Datenbasis: ALLBUS 2002.

neuen Ländern zusammenhängen, zum anderen aber auch mit den anderen Strukturen der Ausländerpopulation in Ost und West. Im Westen leben nämlich nicht nur deutlich mehr Ausländer als im Osten, vor allem leben dort auch häufig mit den ehemaligen »Gastarbeitern« und deren Familien nichtdeutsche Personen mit einer sehr langen, nicht selten sogar lebenslangen Aufenthaltsdauer. Mit diesem Personenkreis im Blick hat die Forderung nach einem »Heimschicken bei knapper Arbeit« eine ganz andere Schärfe, sodass es plausibel erscheint, dass eine solche Maßnahme dann weniger Zustimmung findet.

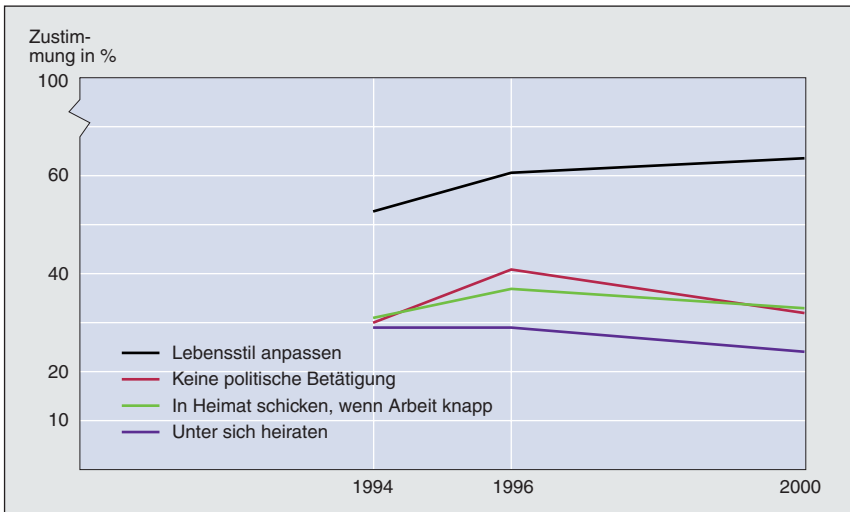
Was den Wandel der Einstellungen über die Zeit angeht (vgl. Abb. 2), ist von 1980 bis 1994 im Westen der Republik ein – mehr oder weniger starker – kontinuierlicher Rückgang der Zustimmung zu allen vier Aussagen zu beobachten. In der jüngeren Vergangenheit ist das Bild weniger eindeutig. Ein Aspekt fällt hier besonders auf: Bei der Forderung nach Lebensstilanpassung ist seit 1996 eine Umkehr des Trends zu beobachten, sodass inzwischen sogar die Zustimmungsquote des Jahres 1980 (65 %) wieder übertroffen wird (72 %). Bei den anderen Aspekten ist im Großen und Ganzen eher entweder eine Stagnation oder eine Fortsetzung des liberalen Trends zu beobachten. Bei der Betrachtung der Zeitreihen für die vier Aspekte muss man allerdings beachten, dass 1994 der bis dahin verwendete Begriff »Gastarbeiter« durch »in Deutschland lebende Ausländer« ersetzt wurde, um den veränderten Gegebenheiten und dem damit verbundenen geänderten Sprachgebrauch Rechnung zu tragen. Wie man an den Zahlen für 1994 sehen kann, als beide Formulierungsvarianten im Split

Abb. 2a: Diskriminierende Einstellungen gegenüber den in Deutschland lebenden Ausländern – Westdeutschland



Datenbasis: ALLBUS 1980, 1984, 1988, 1990, 1994, 1996, 2000, 2002.

Abb. 2b: Diskriminierende Einstellungen gegenüber den in Deutschland lebenden Ausländern – Ostdeutschland



Datenbasis: ALLBUS 1994, 1996, 2000, 2002.

bei jeweils der Hälfte der Befragten verwendet wurden, hatte dies allerdings kaum Auswirkungen auf das Antwortverhalten der Befragten.

Für den Osten liegen mittlerweile vier Messzeitpunkte vor – beginnend im Jahr 1994. Auch hier fällt auf, dass die Zahl derer, die ein wenig mehr Lebensstilanpassung von den Ausländern einfordern, über die Zeit deutlich steigt. Für die Forderung nach einem Heimschicken der in Deutschland lebenden Ausländer bei Arbeitsplatzknappheit ist keine eindeutige Tendenz erkennbar. Für die anderen beiden Aussagen ist wie im Westen tendenziell eher eine weitere Abnahme der Zustimmung zu verzeichnen.

Zusammenfassend kann man festhalten, dass das auffälligste Ergebnis des Zeitvergleichs der abweichende Trendverlauf beim Aspekt »Lebensstilanpassung« ist, der 2002 mehr Zustimmung findet als zu Beginn der Messungen, während gleichzeitig die Zustimmungsquoten zu allen anderen Forderungen im Westen seit 1980 auf weniger als die Hälfte zurückgegangen sind und im Osten seit 1994 in etwa gleich geblieben oder leicht zurückgegangen sind. Betrachtet man den Zusammenhang zwischen der Forderung nach Lebensstilanpassung auf der einen und den anderen drei Aspekten auf der anderen Seite, stellt man fest, dass 1980 noch 35 % der Befragten, die ein bisschen mehr Anpassung verlangten, auch allen drei anderen Aussagen eher zustimmten, 2002 jedoch im Westen nur noch 6 %, im Osten nur noch 15 %. 35 % (West) bzw. 22 % (Ost) derer, die etwas mehr Lebensstilanpassung fordern, lehnen 2002 sogar alle anderen Aussagen ab. Möglicherweise ist die häufiger geäußerte Forderung der Deutschen nach mehr Assimilationsbereitschaft aufseiten der Ausländer inzwi-

schen weniger Ausdruck einer generell ausländerfeindlichen Einstellung, als vielmehr die Kehrseite einer am Trend der anderen Aspekte abzulesenden zunehmenden Bereitschaft zur Integration der Gastarbeiter bzw. Ausländer als auf Dauer hier lebende, gleichberechtigte Mitbürger.

Wie Tabelle 1 zeigt, sind diskriminierende Einstellungen gegenüber in Deutschland lebenden Ausländern in verschiedenen Alters- und Bildungsgruppen unterschiedlich weit verbreitet. Ältere Befragte stimmen den vier Forderungen häufiger zu als jüngere. Die Forderung, dass Ausländer unter sich heiraten sollten, wird im Westen in der höchsten Altersgruppe mit 24 % sogar viermal so häufig erhoben wie bei den unter 40-Jährigen. In Ost und West liegt die Zustimmung zu allen vier Aspekten bei Hochschulabsolventen jeweils um über 20 Prozentpunkte höher als bei Abiturienten, wobei die Unterschiede im Osten noch deutlicher ausfallen als im Westen.

Einstellungsunterschiede sind auch zwischen Personen mit unterschiedlich starkem Nationalstolz zu erkennen, wobei ein ausgeprägter Nationalstolz (→sehr stolz, Deut-

Tab. 1: Einstellungen gegenüber den in Deutschland lebenden Ausländern in ausgewählten Bevölkerungsgruppen¹, 2002

	Westdeutschland				Ostdeutschland			
	Lebensstil anpassen	In Heimat schicken, wenn Arbeit knapp	Keine politische Betätigung	Unter sich heiraten	Lebensstil anpassen	In Heimat schicken, wenn Arbeit knapp	Keine politische Betätigung	Unter sich heiraten
	in %							
Insgesamt	72	21	22	14	71	34	27	24
Altersgruppen								
18–39 Jahre	64	14	13	6	63	28	22	15
40–59 Jahre	71	22	24	13	70	33	30	24
60 Jahre und älter	84	30	34	24	83	42	32	39
Schulabschluss								
Hauptschule	84	31	35	24	87	50	40	40
Mittlere Reife	74	21	19	10	71	32	28	23
Fachhochschul-/Hochschulreife	56	9	10	2	51	17	11	7
Stolz, Deutscher zu sein								
Überhaupt nicht/nicht sehr	57	10	13	8	58	23	20	14
Ziemlich	77	21	22	12	73	34	27	26
Sehr	86	40	40	27	88	52	41	38
Wahlabsicht								
CDU/CSU	80	25	27	20	79	33	32	30
SPD	70	15	19	11	67	31	19	21
FPD	80	27	27	15	69	32	22	18
Bündnis 90/ Die Grünen	46	6	5	2	/	/	/	/
PDS	/	/	/	/	58	27	26	17

¹ Anteil derjenigen, die Aussage zustimmen.

/ Fallzahl zu gering (< 50).

Datenbasis: ALLBUS 2002.

scher zu sein«) mit einer höheren Zustimmung zu ausländerdiskriminierenden Aussagen einhergeht. In diesem Personenkreis scheinen Vorstellungen, dass mit der Zugehörigkeit zur einheimischen Bevölkerung bestimmte Vorrechte verbunden sein sollten und dass die Interessen der deutschen Bevölkerung Vorrang haben sollten vor denen der hier lebenden nichtdeutschen Menschen, weiter verbreitet zu sein als bei den Personen, die weniger stolz darauf sind, Deutscher zu sein. So wird die Forderung, Ausländer bei prekärer Arbeitsmarktlage wieder in ihre Heimat zurückzuschicken, von 40 % (West) bzw. 52 % (Ost) der Personen, die »sehr stolz« darauf sind, Deutscher zu sein, unterstützt, gegenüber 10 % (West) bzw. 23 % (Ost) bei den »gar nicht« oder »nicht sehr« stolzen Deutschen. Auch bei allen anderen Forderungen sind die Zustimmungquoten der Befragten mit ausgeprägtem Nationalstolz jeweils eindeutig am höchsten.

Betrachtet man die parteipolitische Orientierung der Befragten, hier gemessen anhand der Wahlabsicht (»Sonntagsfrage«), so fällt auf, dass zwischen den Anhängern der verschiedenen Parteien in ihren Einstellungen gegenüber Ausländern im Allgemeinen nur graduelle Unterschiede bestehen, allerdings mit einer Ausnahme. Die Grünen-Wähler im Westen (für Ostdeutschland sind in Tabelle 1 keine Zahlen ausgewiesen, weil die Fallzahlen hier zu gering sind, um aussagekräftige Ergebnisse zu erhalten) stimmen allen vier Forderungen deutlich seltener zu. Die drei stark diskriminierenden Aussagen finden nur bei einer verschwindend kleinen Minderheit der Grünen-Anhänger Zustimmung. Und auch die schwache Forderung nach »ein bisschen« Anpassung des Lebensstils wird nur von einer Minderheit unterstützt, wobei 46 % Zustimmung vor dem Hintergrund des Bekenntnisses der Grünen zur »Multikulturellen Gesellschaft« immer noch eine bemerkenswert hohe Zustimmungsrates darstellen. Dies zeigt noch einmal, wie weit verbreitet die Meinung, dass auch die Ausländer ihren Teil zu einer erfolgreichen Integration beizutragen haben, derzeit in Deutschland ist.

14.2 Einstellungen zum »Islam«

In Deutschland stammt etwa jeder zwanzigste Schüler an allgemein bildenden Schulen aus einer muslimischen Familie (vgl. Teil I). In Zusammenhang mit der Thematik »Ausländerintegration« wird daher seit einigen Jahren diskutiert, ob es an deutschen Schulen auch Islamunterricht geben sollte. Derzeit wird dies in verschiedenen Bundesländern im Rahmen von Modellversuchen erprobt.

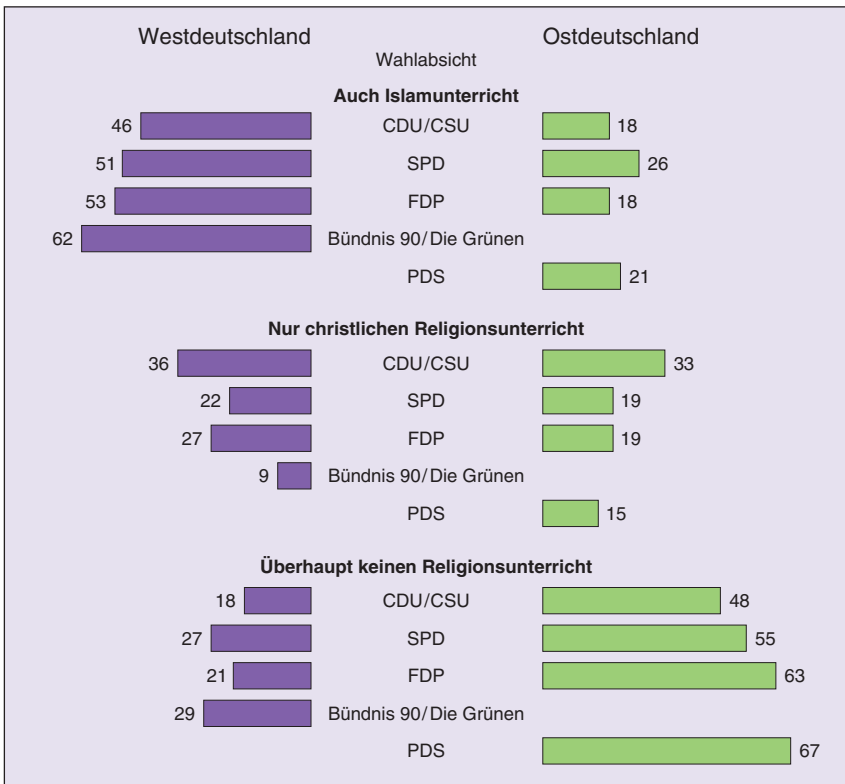
Was hält die deutsche Bevölkerung von islamischem Religionsunterricht an staatlichen Schulen? Tabelle 2 zeigt, dass die Zahl der Befürworter gegenüber 1996 zugenommen hat und nach wie vor im Westen mit 48 % deutlich größer ist als im Osten (2002: 21 %). Allerdings hängt dies auch damit zusammen, dass viele Ostdeutsche (56 %) für gar keinen Religionsunterricht an staatlichen Schulen plädieren. Wenn man nur diejenigen betrachtet, die nicht generell gegen Religionsunterricht votieren, sind im Westen 64 % (1996: 53 %), im Osten 48 % (1996: 35 %) für Islamunterricht neben dem evangelischen bzw. katholischen Religionsunterricht.

Tab. 2: Einstellungen zur Einführung von Islamunterricht an staatlichen Schulen in Deutschland

An staatlichen Schulen in Deutschland sollte es geben:	1996		2002	
	West-deutschland	Ost-deutschland	West-deutschland	Ost-deutschland
	in %			
Auch Islamunterricht	39	12	48	21
Nur christlichen Religionsunterricht	35	22	28	23
Überhaupt keinen Religionsunterricht	27	67	24	56

Datenbasis: ALLBUS 1996 und 2002.

Abb. 3: Einstellungen zur Einführung von Islamunterricht an staatlichen Schulen nach Wahlabsicht

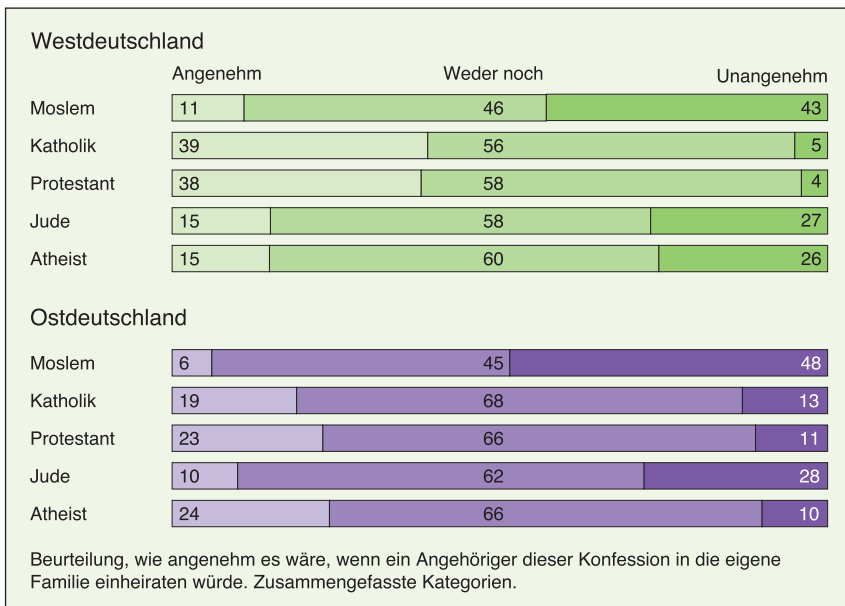


Datenbasis: ALLBUS 2002.

Interessanterweise sind im Westen die Anhänger aller Parteien in ihrer Mehrheit gegen eine Ungleichbehandlung des Islams gegenüber den christlichen Konfessionen. Wenn man diejenigen, die sich ganz gegen Religionsunterricht aussprechen, außer acht lässt, sind fast alle der westdeutschen Grünen-Anhänger, ja selbst eine Mehrheit der CDU/CSU-Wähler für Islamunterricht. Im Osten ist das Meinungsbild anders. Hier sprechen sich über alle Parteipräferenzen hinweg viele gegen jegliche Form religiöser Unterweisung an staatlichen Schulen aus. Aber wenn überhaupt Religionsunterricht erteilt werden soll, dann ist vor allem unter den CDU-Wählern die Zahl derer, die es beim nur christlichen Religionsunterricht belassen wollen, größer als die der Befürworter eines zusätzlichen Islamunterrichts.

Eine Gleichbehandlung des Islam im deutschen Schulsystem wird also von den Deutschen mehrheitlich befürwortet. Aber wie steht es mit der individuellen sozialen Distanz zu Menschen islamischen Glaubens? Dazu wurden die Befragten gebeten anzugeben, wie angenehm (auf einer siebenstufigen Skala von -3 »sehr unangenehm« bis +3 »sehr angenehm«) es ihnen wäre, wenn ein Angehöriger der beiden großen christlichen Konfessionen, ein Moslem, ein Jude oder ein Atheist in die eigene Familie einheiraten würde. Wie Abbildung 4 zeigt, sind Moslems die Personengruppe, die in West und Ost am ehesten als Familienmitglied unerwünscht ist. Allerdings gilt für alle Gruppen, auch für die Moslems, dass sich die meisten Befragten indifferent äußern.

Abb. 4: Soziale Distanz zu Angehörigen verschiedener Konfessionen

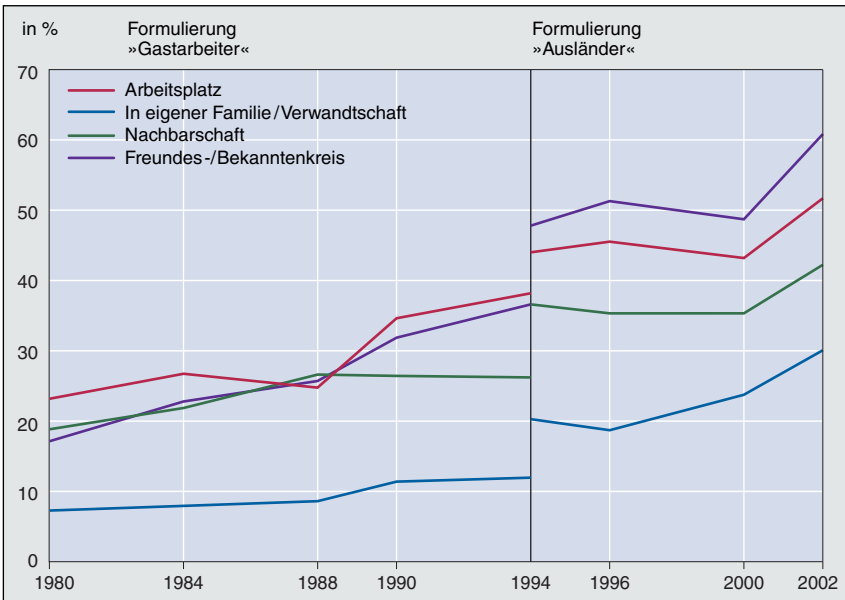


Datenbasis: ALLBUS 2002.

14.3 Kontakte zu Ausländern

In den westdeutschen Bundesländern leben 7,0 Millionen Ausländer, die 10,3 % der Bevölkerung ausmachen, in den neuen Bundesländern sind es lediglich 2,3 %. Dieser stärkeren Präsenz der Ausländer in den alten Bundesländern entsprechend berichten Westdeutsche, unabhängig davon, ob nach Kontakten am Arbeitsplatz, in der Nachbarschaft, in der Familie oder im Freundeskreis gefragt wird, in allen Erhebungen mindestens doppelt so häufig von solchen Kontakten wie Ostdeutsche. 2002 haben die Kontakte in allen Bereichen einen Höchststand erreicht.

Abb. 5a: Kontakte zu in Deutschland lebenden Ausländern – Westdeutschland



Datenbasis: ALLBUS 1980, 1984, 1988, 1990, 1994, 1996, 2000, 2002.

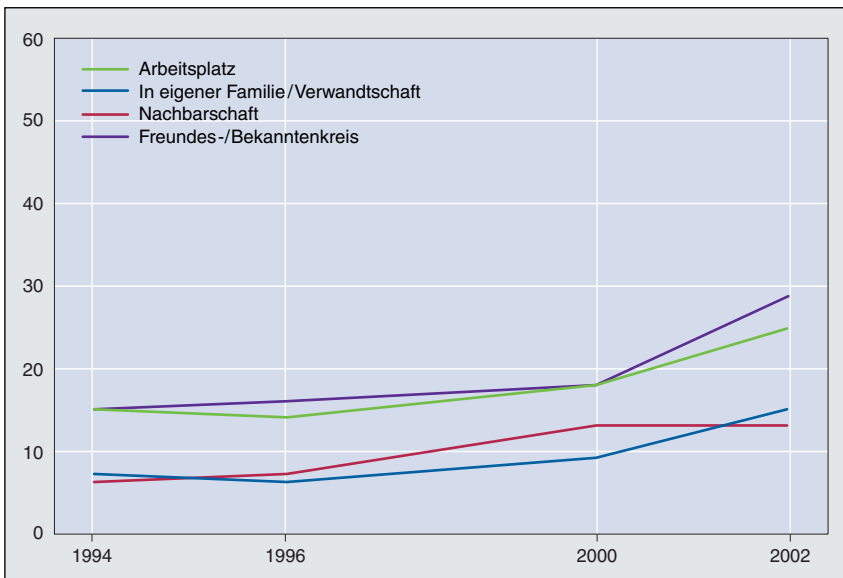
Während im Westen 83 % der Befragten mindestens in einem der Lebensbereiche Kontakt mit Ausländern haben, stellen im Osten mit 53 % diejenigen die Mehrheit, die in keinem der vier Bereiche Kontakt mit Ausländern haben. Am häufigsten – mit 61 % im Westen und 29 % im Osten – sind Kontakte im Freundes- und Bekanntenkreis. Am seltensten sind im Westen Kontakte innerhalb der eigenen Familie oder Verwandtschaft (30 %), im Osten sind mit 13 % Kontakte in der Nachbarschaft ähnlich selten wie Kontakte in der Familie bzw. Verwandtschaft (15 %).

Kontakte mit Ausländern in den verschiedenen Bereichen sind in West und Ost unter Jüngeren und Gebildeteren weiter verbreitet. Für die Befragten ab 60 ist mit dem Ru-

bestand das Kontaktfeld Arbeitsplatz häufig entfallen. Demzufolge weist diese Altersgruppe in diesem Kontext die niedrigsten Kontaktquoten auf. Die gegenüber den jüngeren Altersgruppen selteneren Kontakte im Freundes- und Bekanntenkreis mögen zum Teil damit zusammenhängen, dass die Jüngeren häufiger in Schule, Ausbildung und Beruf mit Ausländern zusammentrafen bzw. -treffen, und zwar eher mit der zweiten, hier geborenen Generation der ehemaligen »Gastarbeiter«, sodass z. B. auch die Sprachbarriere eine geringere Rolle spielt.

Kontakte zwischen Deutschen und Ausländern – insbesondere insoweit es sich um freiwillige selbst gewählte Kontakte im Privatbereich handelt – können als Indikator für eine gelungene Integration gewertet werden. Aber gehen solche Kontakte eigentlich

Abb. 5b: Kontakte zu in Deutschland lebenden Ausländern – Ostdeutschland



Datenbasis: ALLBUS 1994, 1996, 2000, 2002.

auch einher mit einer geringeren Diskriminierungsneigung? Betrachtet man die Anteile derjenigen, die den vier diskriminierenden Aussagen zustimmen, so ist der Anteil dieser Personen unter denjenigen mit Kontakten zu Ausländern jeweils niedriger als bei denjenigen ohne Kontakte (vgl. Tab. 4). Bei der Frage danach, ob die Ausländer sich »ein bisschen« mehr an den Lebensstil der Deutschen anpassen sollten, sind die Unterschiede zwar relativ gering. Aber diese Forderung impliziert auch weitaus weniger eindeutig eine Diskriminierung der hier lebenden Ausländer als die drei anderen Aspekte. Bei diesen Aussagen ist die Zustimmungquote unter den Personen mit Kontakten höchstens halb so groß wie unter den Befragten ohne Kontakte zu Aus-

Tab. 3: Kontakte zu in Deutschland lebenden Ausländern, 2002

	Westdeutschland				Ostdeutschland			
	In eigener Familie und Verwandtschaft	Am Arbeitsplatz	In der Nachbarschaft	Im Freundes- und Bekanntenkreis	In eigener Familie und Verwandtschaft	Am Arbeitsplatz	In der Nachbarschaft	Im Freundes- und Bekanntenkreis
	in %							
Insgesamt	30	53	44	61	15	25	13	29
Altersgruppen								
18–39 Jahre	36	71	52	76	17	40	17	40
40–59 Jahre	30	60	40	61	13	25	13	29
60 Jahre und älter	22	20	36	42	14	5	9	14
Schulabschluss								
Hauptschule	27	42	39	49	12	10	9	12
Mittlere Reife	27	55	43	59	12	26	11	32
Fachhochschul-/ Hochschulreife	35	66	50	78	21	41	22	45
Stolz, Deutscher zu sein								
Überhaupt nicht/nicht sehr	35	62	48	71	19	33	19	41
Ziemlich	29	53	43	59	14	24	12	26
Sehr	23	38	38	49	9	14	8	17

Datenbasis: ALLBUS 2002.

Tab. 4: Einstellungen gegenüber den in Deutschland lebenden Ausländern in Abhängigkeit von Kontakt zu in Deutschland lebenden Ausländern¹

	Westdeutschland				Ostdeutschland			
	Lebensstil anpassen	In Heimat schicken, wenn Arbeit knapp	Keine politische Betätigung	Unter sich heiraten	Lebensstil anpassen	In Heimat schicken, wenn Arbeit knapp	Keine politische Betätigung	Unter sich heiraten
	in %							
Kontakt zu Ausländern								
Ja	69	17	19	10	63	21	17	12
Nein	89	40	40	30	78	45	36	36

¹ Anteil derjenigen, die Aussage zustimmen.

Datenbasis: ALLBUS 2000.

ländern. Es sieht also durchaus so aus, dass unter Personen mit Kontakten zu Ausländern diskriminierende Einstellungen weniger weit verbreitet sind, sodass die steigenden Kontaktraten in der Tat optimistisch für die Zukunft stimmen können.

(Martina Wasmer und Achim Koch)

Weitere Informationen zum Thema Ausländische Bevölkerung siehe Teil I, Kap. 1.8, zum Thema Ausländer und Religion Teil I, Kap. 7.4.